



Teil A: Verfahrensbedingungen

A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung	2
B. Vergabeverfahrensart.....	2
C. Vergabeunterlagen	2
D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens.....	4
E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung.....	4
F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung.....	5
G. Verfahrenssprache	6
H. Fragen, Rügen	6
I. Datenschutz während des Vergabeverfahrens	7
J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit.....	7
K. Elektronische Abgabe von Angeboten.....	7
L. Eignungskriterien, Nachweise.....	8
M. Nachunternehmer.....	8
N. Eignungsleihe.....	8
O. Bietergemeinschaften.....	9
P. Anforderungen an die Angebote	9
Q. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen.....	9
R. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss	10
S. Kosten der Verfahrensteilnahme	10



A. Auftragsgegenstand, Auftraggeber, externe Unterstützung

Gegenstand des vorliegenden Vergabeverfahrens für das Projekt „Energetische Sanierung und Erweiterung des Dorfgemeinschafts- und Feuerwehrgerätehauses und Errichtung einer Außentreppe in 29320 Südheide, Weesener Straße 16 sind Leistungen der Freianlagenplanung gemäß §§ 37 ff. HOAI 2021.

Auftraggeber ist die Gemeinde Südheide, Am Markt 3, 29320 Südheide (nachfolgend: Auftraggeber).

Der Auftraggeber wird von der DAGEFÖRDE Öffentliches Wirtschaftsrecht Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Podbielskistraße 344, 30655 Hannover, im Rahmen des Vergabeverfahrens unterstützt. Alle von Bietern eingereichten Unterlagen werden deshalb neben Beschäftigten des Auftraggebers auch den Mitarbeitern der Rechtsanwalts-gesellschaft zugänglich gemacht. Die Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und hinsichtlich der Inhalte der Angebote von Berufs wegen einer umfassenden Verschwiegenheitspflicht.

B. Vergabeverfahrensart

Das Vergabeverfahren wird als EU-weites offenes Verfahren gemäß § 119 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und § 15 der Vergabeverordnung (VgV) durchgeführt.

Dies bedeutet: Es besteht **keine Möglichkeit** über den Inhalt der Leistungsbeschreibung und des Vertrages mit dem Auftraggeber zu verhandeln. Der Auftraggeber weist daher **eindringlich auf die Notwendigkeit hin, bei Unklarheiten oder Widersprüchen Bieterfragen zu stellen (vgl. H.)** und so dem Auftraggeber die Möglichkeit zu geben, ggf. notwendige Änderungen in den Vergabeunterlagen vorzunehmen!

C. Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber stellt für das Vergabeverfahren die folgenden Unterlagen zur Verfügung (Änderungen und Ergänzungen im Laufe des Verfahrens bleiben vorbehalten):

- Teil A: Verfahrensbedingungen, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage A01: Eignungskriterien
 - o Anlage A02: Zuschlagskriterien
 - o Anlage A03: Informationen zum Datenschutz
- Teil B: Leistungsbeschreibung, mit folgenden Anlagen:
 - o Anlage B01: Lageplan
 - o Anlage B02: Amtliche Karte



- Anlage B03: Luftbild
 - Anlage B04: Auszug Liegenschaftskataster
 - Anlage B05: Grundriss Erdgeschoss
 - Anlage B06: Grundriss Dachgeschoss
 - Anlage B07: Ansichten Norden, Osten
 - Anlage B08: Ansichten Süde, Westen
 - Anlage B09: Schnitt
 - Anlage B10: FWG-Weesen_NWGges_Energetische Sanierung und Erweiterung_DIN18599 Berechnungen
 - Anlage B11: FWG-Weesen_NWGges_Energetische Sanierung und Erweiterung_DIN18599 Energieberatungsbericht
 - Anlage B12: FWG-Weesen_NWGneu_Neubau Mehrzweckgebäude_DIN18599 Berechnungen
 - Anlage B13: FWG-Weesen_NWGneu_Neubau Mehrzweckgebäude_DIN18599 Energieberatungsbericht
 - Anlage B14: FWG-Weesen_NWGSan_Energetische Sanierung_DIN18599 Berechnungen
 - Anlage B15: FWG-Weesen_NWGSan_Energetische Sanierung_DIN18599 Energieberatungsbericht
 - Anlage B16: Fotos
 - Anlage B17: Bewilligungsbescheid Energ. San. DGH u. FFW Weesen NBank
 - Anlage B18: Bewilligungsbescheid Energ. San. DGH u. FFW Weesen ArL Lüneburg
 - Anlage B19: Nutzflächenberechnung
 - Anlage B20: Bodengutachten
-
- Teil C: Vertrag
 - Teil D: Angebotsblatt
 - Anlage D01: Referenzblatt
 - Anlage D02: Nachunternehmerverzeichnis
 - Anlage D03: Verpflichtungserklärung
 - Anlage D04: Bietergemeinschaftserklärung
 - Anlage D05: Honorarformblatt

Unternehmen haben sich **unmittelbar** nach dem Erhalt der Vergabeunterlagen über deren Vollständigkeit zu vergewissern und diese auch auf etwaige Unklarheiten hin zu überprüfen. Bestehen nach Auffassung eines Unternehmens in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können.



Der Auftraggeber stellt Unterlagen im Rahmen des Vergabeverfahrens **ausschließlich** in elektronischer Form zur Verfügung. Sollten sich Dateien als beschädigt oder nicht zu öffnen erweisen, hat das Unternehmen den Auftraggeber hierüber umgehend zu informieren. Die betreffenden Unterlagen werden dann schnellstmöglich erneut zur Verfügung gestellt. Unternehmen sind daher aufgefordert, umgehend nach Erhalt der Vergabeunterlagen zu prüfen, ob die Dateien zu öffnen sind.

D. Ablauf und Fristen des Vergabeverfahrens

Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote (**Angebotsfrist**) richtet sich nach den Angaben **in der Auftragsbekanntmachung**. Fragen innerhalb der Angebotsphase (siehe dazu H.) sind bis spätestens **acht Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist** zu stellen, damit der Auftraggeber die Fragen noch rechtzeitig im Sinne von § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 VgV beantworten kann.

Bieter sind bis zum Ablauf des **in der Auftragsbekanntmachung** genannten Tages (**Bindefrist**) an ihr Angebot gebunden. Der Auftraggeber behält sich bei Bedarf vor, Bieter um Zustimmung zur Verlängerung der Bindefrist zu bitten.

Nach Abschluss der Angebotswertung unter Berücksichtigung der **Zuschlagskriterien (Anlage A02)** wird der Auftraggeber entsprechend § 134 Abs. 1 GWB die Bieter informieren, deren Angebote nicht für den Zuschlag vorgesehen sind (**Vorabmitteilung**) und nach Ablauf der gesetzlichen **Wartefrist** gemäß § 134 Abs. 2 GWB den Zuschlag erteilen.

E. Elektronische Abwicklung, freiwillige Registrierung

Der Auftraggeber wickelt das gesamte Vergabeverfahren in elektronischer Form über die Vergabeplattform DTVP ab. Insbesondere erfolgen die Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bietern sowie die Einreichung von Angeboten **ausschließlich in elektronischer Form** über den Projektraum des Verfahrens. Die elektronische Teilnahme an Vergabeverfahren sowie die Registrierung für die Vergabeplattform sind für Bieter vollständig kostenfrei.

Zur Nutzung der Vergabeplattform bis zur Abgabe elektronischer Teilnahmeanträge und Angebote sind lediglich ein aktueller Internet-Browser sowie ein Internetzugang erforderlich. Hierbei werden ausschließlich HTML- und Javascript-konforme Standardtechnologien und keinerlei Add-Ons/Plugins oder sonstige ggf. (sicherheits-)kritische Technologien verwendet. Aktuell sind folgende Internet-Browser zur Nutzung freigegeben:

- Microsoft Edge in der jeweils aktuellen Version
- Mozilla Firefox in der jeweils aktuellen Version
- Google Chrome in der jeweils aktuellen Version
- Apple Safari in der jeweils aktuellen Version



Um sicherzustellen, dass alle Unternehmen automatisch über Änderungen an den Vergabeunterlagen informiert werden und die Antworten des Auftraggebers auf Fragen erhalten, sollten Unternehmen sich auf der Vergabeplattform für das Vergabeverfahren registrieren (freiwillige Registrierung). **Es obliegt ausschließlich dem Unternehmen, durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass das bei der Registrierung angegebene E-Mail-Postfach kontinuierlich überwacht wird.**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass im Bieterbereich der Vergabeplattform ggf. rechtserhebliche Nachrichten des Auftraggebers eingehen können, die mit Einstellung in das Postfach auf der Vergabeplattform im rechtlichen Sinne zugewiesen sind.

Ohne Registrierung kann der Erhalt vorstehender Informationen nicht gewährleistet werden. Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen sich selbstständig im Projektraum auf der Vergabeplattform informieren, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. **Das Risiko, ein Angebot auf Grundlage veralteter Vergabeunterlagen oder Informationen abzugeben, liegt ohne erfolgte Registrierung beim Unternehmen.** Die Registrierung für die Vergabeplattform ist für Bieter vollständig kostenfrei.

F. Hinweise zur eingesetzten Verschlüsselung und Zeiterfassung

Die elektronischen Angebote werden innerhalb des Bietertools auf dem Rechner des Bieters (lokal) zusammengestellt, mit den entsprechenden Schlüsseln des Vergabeverfahrens mit Hilfe hybrider Verschlüsselungsverfahren Ende-zu-Ende verschlüsselt, mit den vorgegebenen Signaturinformationen versehen und in Form sogenannter OSCI-Nachrichten (über das OSCI-Protokoll) zu einem "Vermittler", dem sogenannten Intermediär, übertragen. Mit Abschluss der Übertragung wird innerhalb des Bietertools eine umfangreiche Zusammenfassung der Abgabe zum Download und weiteren Aufbewahrung zur Verfügung gestellt.

Der "Vermittler" sorgt für eine sichere Aufbewahrung der verschlüsselten Angebote vor Ablauf der Angebotsfrist, ergänzt die Meta-Informationen zum Angebot mit dem notwendigen Zeitstempeln und führt die erforderlichen Signaturprüfungen inkl. Quittungsmechanismen durch.

Der sogenannte E-Angebotsservice übernimmt die Registrierung und Bereitstellung der elektronischen Angebote gegenüber der Vergabeplattform. Wie auch der Intermediär, kann der E-Angebotsservice auf Grund der Ende-zu-Ende Verschlüsselung zu keinem Zeitpunkt auf die Inhalte der elektronischen Angebote zugreifen.



Erst mit Ablauf der Angebotsfrist und nach einem erfolgreichen 4-Augen-Login durch zwei berechnigte Nutzer der Vergabestelle innerhalb der Vergabepattform, werden die verschlüsselten elektronischen Angebote mit den korrespondierenden Schlüsseln zusammengebracht, entschlüsselt und zur weiteren Auswertung für die Vergabestelle bereitgestellt.

G. Verfahrenssprache

Die Verfahrenssprache ist **Deutsch**. Sämtliche Kommunikation zwischen den Unternehmen und dem Auftraggeber wird auf Deutsch geführt. Alle Angebotsbestandteile sind in deutscher Sprache zu fassen. Soweit Unterlagen in nicht-deutscher Sprache vorgelegt werden, sind deutsche Übersetzungen beizufügen, sofern der Auftraggeber hierauf nicht verzichtet; eine Beglaubigung der Übersetzung kann gefordert werden.

H. Fragen, Rügen

Fragen innerhalb des Vergabeverfahrens können ausschließlich über das Kommunikationsmodul im Projektraum der vom Auftraggeber genutzten Vergabepattform gestellt werden und werden im Rahmen von Rundschreiben über die Vergabepattform anonymisiert beantwortet.

Fragen, die auf anderem Wege (insbesondere telefonisch, per Fax oder E-Mail) gestellt werden, werden nicht beantwortet.

Unternehmen haben den Auftraggeber unverzüglich auf etwaige Unvollständigkeiten, Ungenauigkeiten oder Rechtsverstöße hinzuweisen, damit der Auftraggeber rechtzeitig und unter Beachtung der Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung aller Unternehmen angemessen reagieren kann. Fragen und Hinweise zu den Vergabeunterlagen und zum Auftragsgegenstand sind von etwaigen Rügen deutlich zu trennen.

Erkennt ein am Auftrag interessiertes Unternehmen einen Verstoß gegen Vergabevorschriften im vorliegenden Vergabeverfahren, ist dies innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Unabhängig hiervon müssen Verstöße gegen Vergabevorschriften, die bereits aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Abgabe von Teilnahmeanträgen bzw. Angeboten gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen ebenfalls innerhalb dieser Frist gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. **Wird gegen diese Obliegenheiten verstoßen, ist ein Antrag auf Nachprüfung gemäß § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 bis 3 GWB unzulässig.**

Teilt der Auftraggeber auf eine Rüge eines Unternehmens mit, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, kann hiergegen ein Antrag auf Nachprüfung bei der zuständigen Vergabekammer gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach dem Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).



I. Datenschutz während des Vergabeverfahrens

Die von Bieter*innen gegebenenfalls im Verlauf des Vergabeverfahrens erbetenen personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des Datenschutzrechts im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Mit der Teilnahme am Vergabeverfahren erklären sich Bieter*innen hiermit einverstanden. Soweit Bieter*innen im Rahmen des Vergabeverfahrens dem Auftraggeber personenbezogene Daten von Dritten (Mitarbeiter, Nachunternehmer, Mitglieder einer Bietergemeinschaft, Referenzgeber usw.) übermitteln, sind diese für das Vorliegen der jeweils erforderlichen datenschutzrechtlichen Einwilligung der Dritten selbst verantwortlich. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden sich in der **Anlage A03**.

J. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit

Sämtliche vom Auftraggeber im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen dürfen nur zur Einreichung eines Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder eine Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Unternehmen haben – auch nach Beendigung des Verfahrens – über alle im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren bekannt gewordenen Informationen und dienstliche Angelegenheiten des Auftraggebers Stillschweigen zu bewahren. Vorstehende Verpflichtungen erstrecken sich auch auf Nachunternehmer und sonstige Dritte.

K. Elektronische Abgabe von Angeboten

Für die Abgabe der Angebote sind **ausschließlich** die Unterlagen in **Teil D** der Vergabeunterlagen zu verwenden. Bitte verzichten Sie darauf, über die an dieser Stelle geforderten Anlagen und Nachweise hinaus weitere Unterlagen beizufügen.

Angebote sind **ausschließlich** durch Upload digitaler Dokumente/Scans (vorzugsweise PDF-Dateien) über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform abzugeben. Andere Übermittlungswege (etwa Post, E-Mail, Fax oder eine „einfache“ Bieter*innenachricht über das Kommunikationsmodul der Vergabeplattform) sind **nicht** zulässig und führen zum Ausschluss des Angebots (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Die Informationen über die eigentlichen Vergabeverfahren werden über so genannte **Projektdateien** in das Bieter*innentool transportiert. Bieter*innen laden die Projektdateien (Dateiendung: cbx) aus dem entsprechenden Projektraum herunter und führen diese aus, wodurch das Bieter*innentool gestartet wird und die entsprechenden Informationen zum Vergabeverfahren von der Vergabeplattform heruntergeladen werden. Die lokale Installation des Bieter*innentools stellt eine **Ende-zu-Ende Verschlüsselung** der elektronischen Angebote zwischen dem Computer des Bieters



und der Öffnung der Angebote auf Seiten der Vergabestelle sicher.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der vollständige Upload über das Bietertool maßgeblich. Der vollständige Eingang übermittelter elektronischer Angebote wird mit einem **qualifizierten oder einem einfachen elektronischen Zeitstempel dokumentiert**. Ist ein verspäteter Eingang nachweislich durch Umstände verursacht worden, die der Bieter nicht zu vertreten hat, kann auch ein verspätet eingegangenes Angebot berücksichtigt werden. Die Darlegungs- und Beweislast hierfür liegt beim Bieter.

L. Eignungskriterien, Nachweise

Der Auftraggeber wird die Eignung der Bieter im Sinne von § 122 GWB anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Kriterien prüfen. Die Kriterien, sowie die zum Nachweis verlangten Unterlagen sind außerdem im Einzelnen nochmals in **Anlage A01** dargestellt. In den Angebotsunterlagen (**Teil D** der Vergabeunterlagen) befinden sich die von Bieter abzugebenden Formblätter und Erklärungsvordrucke.

M. Nachunternehmer

Bieter haben in dem Nachunternehmerverzeichnis (**Teil D, Anlage D02**) zu erklären, ob und ggf. welche Teile der Leistung sie an Nachunternehmer weitergeben wollen und ggf. die Namen der vorgesehenen Nachunternehmer anzugeben. **Die Anlage D02 ist auch dann abzugeben, wenn kein Nachunternehmereinsatz vorgesehen ist.**

N. Eignungsleihe

Sollte ein Bieter die erforderliche Eignung für die ausgeschriebene Leistung nur dadurch nachweisen können, dass er ein anderes Unternehmen einbezieht (Eignungsleihe), so hat er bei Abgabe des Angebots seine Verfügung über die Ressourcen des anderen Unternehmens sowie das Nichtvorliegen gesetzlicher Ausschlussgründe bei diesem mittels einer Verpflichtungserklärung (**Teil D, Anlage D03**) nachzuweisen.

Ein Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.



Für den Fall einer Eignungsleihe im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird für den Auftragsfall eine gemeinsame Haftung von Bieter und verleihendem Unternehmen verlangt.

O. Bietergemeinschaften

Für Bietergemeinschaften muss ein gemeinsames Angebotsformblatt abgegeben werden. Der Name der Bietergemeinschaft sowie ein bevollmächtigter Vertreter sind anzugeben (siehe Angebotsschreiben in **Teil D** der Vergabeunterlagen). Der Auftraggeber weist darauf hin, dass von einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall eine gesamtschuldnerische Haftung verlangt wird. Hierzu ist mit dem Angebot die Bietergemeinschaftserklärung (**Anlage D04**) in von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterzeichneter Form abzugeben.

Änderungen der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft im laufenden Vergabeverfahren sind **unzulässig** und können zum Ausschluss des Angebots vom Vergabeverfahren führen.

P. Anforderungen an die Angebote

Angebote müssen vollständig sein und alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Die Formblätter in **Teil D** der Vergabeunterlagen sind zu verwenden. Angebote, die nicht die geforderten oder ggfs. nachgeforderten Erklärungen und Nachweise enthalten, werden gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV vom Vergabeverfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich vor, von Bietern unter Einhaltung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes gemäß § 56 Abs. 2 VgV Unterlagen nachzufordern. **Ein Anspruch auf Nachforderung von Unterlagen besteht jedoch nicht.**

Allgemeine Geschäfts-/Vertragsbedingungen der Bieter werden **nicht** akzeptiert. Werden solche vom Bieter beigefügt oder wird darauf im Angebot Bezug genommen, kann dies zum Ausschluss des Angebotes führen (§ 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV). Das gleiche gilt für Angebote, die unter Vorbehalt abgegeben werden, oder bei denen sonstige Änderungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden.

Angebote müssen der **Textform gemäß § 126b BGB** entsprechen und den Namen des Erklärenden unmissverständlich erkennen lassen.

Q. Änderungen, Ergänzungen, Berichtigungen, Rücknahmen

Bis zum Ablauf der Angebotsfrist sind Änderungen, Ergänzungen und Berichtigungen eines Angebotes ausschließlich über den Projektraum auf der vom Auftraggeber verwendeten Vergabeplattform möglich. Das gleiche gilt für eine eventuelle Rücknahme.



R. Zuschlagskriterien, Vertragsschluss

Über den Zuschlag wird der Auftraggeber anhand der Zuschlagskriterien gemäß **Anlage A02** entscheiden.

Mit dem Zuschlag werden die Vertragsunterlagen gemäß **Teil C** (einschließlich der Anlagen) in allen Teilen verbindlich. Die Verträge werden nach Zuschlagserteilung final mit Anlagen ausgefertigt und unterzeichnet. Die Unterzeichnung hat rein deklaratorische Wirkung und dient der Dokumentation der mit Zuschlag geschlossenen vertraglichen Regelungen.

S. Kosten der Verfahrensteilnahme

Für die Teilnahme an der Ausschreibung und die Erstellung des Angebotes werden keine Kosten erstattet.



Anlage A01: Eignungskriterien

Der Auftraggeber prüft die Eignung der Bieter anhand der in **der Auftragsbekanntmachung** festgelegten Eignungskriterien, die hier nochmals im Überblick dargestellt werden. Soweit der Auftraggeber zur Erklärung Formblätter vorgibt, befinden sich diese in den Angebotsunterlagen (**Teil D der Vergabeunterlagen**).

#	Kriterium	Mindestanforderung
1	Jahresumsatz Eigenerklärung über den Umsatz des Bieters in den Jahren 2023 bis 2025 insgesamt sowie mit Leistungen im Bereich der Freianlagenplanung, §§38 HOAI.	
2	Haftpflichtversicherung Nachweis einer branchenüblichen Berufshaftpflichtversicherung durch Deckungsbestätigung oder der rechtsverbindlichen Bestätigung der Versicherung, im Auftragsfall eine entsprechende Deckung zu gewähren.	Mindestversicherungssummen: <ul style="list-style-type: none"> - Deckung für Personenschäden: min. 3 Mio. EUR sowie <ul style="list-style-type: none"> - Deckung für Sach- und Vermögensschäden: min. 500.000 EUR Diese Deckungssummen müssen pro Jahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.
3	Referenzleistungen Eigenerklärungen über mit dem Auftragsgegenstand vergleichbare frühere Aufträge. Der Auftraggeber behält sich vor, die Angaben durch Nachfrage bei den als Referenz genannten Auftraggebern zu überprüfen.	Es sind mindestens zwei vergleichbare Referenzleistungen vorzulegen. Vergleichbar sind Aufträge, bei denen alle nachfolgenden Merkmale vorliegen: <ul style="list-style-type: none"> - Baukosten des Referenzobjektes (KG 500) mind. 200.000 EUR (netto). - Mindestens abgeschlossene Leistungsphasen 1-8 des Leistungsbilder Freianlagenplanung (§§ 38 HOAI).



		<ul style="list-style-type: none"> - Die Referenz muss nach dem 01.01.2020 abgeschlossen worden sein (Abschluss der letzten Leistungsphase). - Bei mindestens einer Referenz muss es sich um eine Planung unter Berücksichtigung eines bestehenden Baumbestandes handeln.
4	Personalstand Eigenerklärung zum Personalstand im Jahresdurchschnitt in den Jahren 2023 bis 2025, gegliedert nach Büroinhabern/Geschäftsführern, Architekten/Ingenieure und kaufmännischen/technischen Mitarbeitern.	
5	Projektleitung Eigenerklärung zum vorgesehenen Projektleiter unter Angabe von: Name, berufliche Qualifikation und Berufserfahrung in Jahren.	<p>Für die als Projektleiter benannte Person ist ein Nachweis der Berufszulassung als Architekt nach dem jeweils einschlägigen Landesrecht oder der Nachweis eines abgeschlossenen Hochschulstudiums als Landschaftsarchitekt vorzulegen.</p> <p>Der Projektleiter muss über eine Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren verfügen.</p>
6	Angaben zum Nachunternehmereinsatz Eigenerklärung dazu, ob und ggf. welche Leistungen an Nachunternehmer übertragen werden sollen.	
7	Gesetzliche Ausschlussgründe Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von §§ 123, 124 GWB sowie ggf. Maßnahmen der Selbstreinigung im Sinne von § 125 GWB.	
8	Eigenerklärung zum fehlenden Russlandbezug der Leistungen Eigenerklärung über das Vorliegen oder Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne der Verordnung (EU) 2022/576.	



Anlage A02: Zuschlagskriterien

Zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 127 GWB wird der Auftraggeber folgende Zuschlagskriterien heranziehen:

Kriterium/Unterkriterium	Maximal erreichbare Punktzahl
1. Honorarparameter	
1.1. Gesamthonorar	650
1.2. Stundensätze für zusätzlich beauftragte Leistungen	50
2. Personalkonzept	
2.1 Persönliche Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung	200
2.2 Organisation des vorgesehenen Personals	100
Max. Gesamtpunktzahl	1000

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl. Alle Punktzahlen werden bei Bedarf kaufmännisch auf eine Stelle nach dem Komma gerundet. Für die einzelnen Kriterien/Unterkriterien gelten die folgenden Wertungsmaßstäbe:

1. Honorarparameter

1.1 Gesamthonorar

Gewertet wird das anhand der Bieterangaben im Honorarformblatt (**Anlage D05**) ermittelte Gesamthonorar. Das Angebot mit dem niedrigsten Gesamthonorar erhält die Maximalpunktzahl von 650. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach folgender Formel:

$$\text{Punktzahl} = 650 \times \left(2 - \frac{\text{Gesamthonorar}}{\text{Niedrigstes Gesamthonorar}} \right)$$

Angebote mit dem 2-fachen der niedrigsten Gesamthonorars (oder einem noch höheren Gesamthonorar) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben. Ein Angebot, das rechnerisch eine negative Punktzahl erhalten würde, erhält 0 Punkte.

1.2 Stundensätze für zusätzlich beauftragte Leistungen

Es wird der einfache Durchschnittswert der im Honorarformblatt (**Anlage D05**) angebotenen Stundensätze gewertet. Das Angebot mit dem niedrigsten Durchschnittswert erhält die Maximalpunktzahl von 50. Die weiteren Angebote erhalten Punktzahlen nach folgender Formel:

$$\text{Punktzahl} = 50 \times \left(2 - \frac{\text{Durchschnittswert}}{\text{Niedrigster Durchschnittswert}} \right)$$



Angebote mit dem 2-fachen des niedrigsten Durchschnittswerts (oder einem noch höheren Durchschnittswert) erhalten also eine Punktzahl von 0. Negative Punktzahlen werden nicht vergeben. Ein Angebot des rechnerisch eine negative Punktzahl erhalten würde, erhält 0 Punkte.

2. Personalkonzept

Bieter haben in einem Personalkonzept darzustellen, wie sie sich die Bearbeitung der beauftragten Leistungen in personeller und organisatorischer Hinsicht vorstellen.

Gewertet werden die konzeptionellen Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden. Bieter sollen möglichst konkret erläutern, mit welchen Methoden bzw. welcher Herangehensweise sie die Erwartungen des Auftraggebers erfüllen wollen. Die konzeptionellen Ausführungen der Bieter werden unabhängig voneinander gewertet nach dem zu erwartenden Erfüllungsgrad der Ausführungen der Bieter bewertet (**sog. absolute Angebotswertung**). In die Bewertung fließt auch ein, wie konkret und verbindlich das Konzept ist.

Die Punktebewertung der Konzepte erfolgt durch ein Gremium, das aus mehreren Vertretern des Auftraggebers besteht. Gewertet werden die Ausführungen, die von den Bietern mit dem Angebot abgegeben werden.

Bitte reichen Sie das Konzept in Form einer Präsentation ein (Format: Powerpoint oder pdf-Dokument).

Das Konzept muss Darstellungen zu folgenden Aspekten beinhalten:

2.1 Persönliche Qualifikation der Projektleitung (max. 200 Punkte)

Im Konzept ist die für die Projektleitung vorgesehen Person (Leitung) namentlich zu benennen und deren berufliche Qualifikation und persönliche Referenzprojekte darzustellen. Der Auftraggeber legt Wert auf eine Besetzung der Projektleitung im Bereich der Freianlagenplanung mit qualifiziertem Personal, das persönlich über umfassendes einschlägiges Wissen und entsprechende praktische Erfahrungen verfügt. Positiv bewertet wird, wenn die Projektleitungen über persönliche Referenzen in der Planung der Freianlagenplanung für öffentliche Gebäude verfügen und hierbei insbesondere Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt haben. Dies betrifft im Bereich der Freianlagen vor allem das Umsetzen der erforderlichen Verkehrs- und Parkflächen gemäß Feuerwehr-Unfallkasse, sowie die barrierefreie Ausgestaltung von Parkplätzen und Gebäudezugängen.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:



Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	200
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	160
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	120
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	80
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	40
Unzureichende Ausführungen	0

2.2 Organisation des vorgesehenen Personals (max. 100 Punkte)

Die Bieter sollen möglichst konkret erläutern, wie sie die Organisation des Projektes, den Personaleinsatz und die Kommunikation mit dem Auftraggeber gestalten wollen.

Es ist die Personaleinsatzplanung unter Benennung der Mitarbeitenden, ihrer Aufgaben, der Verfügbarkeit und Auslastung in anderen Projekten, sowie Vertretungsregelungen und Schnittstellen im Falle von Personalwechseln darzustellen. Der Auftraggeber legt Wert auf eine sachgerechte Organisation und durchgängige Besetzung des Projekts mit ausreichenden Personalkapazitäten. Darzustellen sind ebenso die interne Koordination und Organisation des Bieters, insbesondere sofern Leistungen durch einen Nachunternehmer oder in Form einer Arbeitsgemeinschaft erbracht werden.

Es werden folgende Wertungspunkte vergeben:

Ausprägung	Punktzahl
Ausführungen, die einen sehr hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	100
Ausführungen, die einen hohen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	80
Ausführungen, die einen mittleren Zielerreichungsgrad erwarten lassen	60
Ausführungen, die einen geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	40
Ausführungen, die einen sehr geringen Zielerreichungsgrad erwarten lassen	20
Unzureichende Ausführungen	0



Anlage A03: Informationen zum Datenschutz

A. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutz-Information gilt für die Datenverarbeitung im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens durch die Gemeinde Südheide, Am Markt 3, 29320 Südheide. Den behördlichen Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen erreichen Sie über folgende Kontaktdaten: Dr. Gregor Scheja, Scheja & Partners GmbH & Co. KG, Adenauerallee 136, 53113 Bonn, Telefon: 0228/2272260, E-Mail: <https://www.scheja-partner.de/kontakt/kontakt.html>.

B. Datenerfassung

Wenn Sie an dem Vergabeverfahren teilnehmen, werden folgende im Teilnahmeantrag oder Angebot genannten Daten des Bewerbers/Bieters, seiner Mitarbeiter sowie sonstiger Personen (z. B. Ansprechpartner eines Referenzgebers) erfasst:

- Anrede, Vorname, Nachname (von Ansprechpartnern)
- eine gültige E-Mail-Adresse
- Anschrift
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Angaben zur persönlichen Eignung (zum Beispiel Studium/Ausbildung, Abschlüsse, Noten, Fortbildungen)
- Vertragsbeziehungen

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zur Abwicklung der Vergabe und zur Anbahnung des Vertragsverhältnisses nach Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO. Die für das Vertragsverhältnis durch den Auftraggeber erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zu dessen Beendigung gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von vergabe-, haushalts-, steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten eine längere Speicherung verpflichtend ist oder die Betroffenen in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

C. Übermittlung an Dritte

Eine Übermittlung persönlicher Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Der Verantwortliche gibt die personenbezogenen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- dazu nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eine ausdrückliche Einwilligung erteilt worden ist,



- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse des Betroffenen an der Nichtweitergabe der Daten besteht,
- für den Fall, dass für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO eine gesetzliche Verpflichtung besteht, sowie
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Vertragsverhältnissen erforderlich ist.

D. Betroffenenrechte

Betroffene haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über die von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft der Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder die Vervollständigung der beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der beim Verantwortlichen gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten vom Betroffenen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, der Betroffene aber deren Löschung ablehnen und der Verantwortliche die Daten nicht mehr benötigt, der Betroffene diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt oder gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat;
- gemäß Art. 20 DSGVO die personenbezogenen Daten, die uns bereitgestellt worden sind, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen;
- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber dem Verantwortlichen zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortgeführt werden darf;



- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können sich Betroffene hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes wenden.

E. Widerspruchsrecht

Sofern personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben oder sich der Widerspruch gegen Direktwerbung richtet. Im letzteren Fall haben Betroffene ein generelles Widerspruchsrecht, das ohne Angabe einer besonderen Situation umgesetzt wird. Zur Geltendmachung des Widerrufs- oder Widerspruchsrechts genügt eine E-Mail an den Verantwortlichen.